



LEIPZIG

Pressespiegel zur Asylpolitik vom 23.08.2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Mehr Menschen erreichen wieder die griechischen Inseln. Teilweise sind die Lager wieder überfüllt, Asylverfahren ziehen sich über Monate hinweg. Auf der Balkanroute sitzen nach Angaben der Diakonie Katastrophenhilfe allein in Griechenland 57.000 Menschen fest, die Zustände ähnelten dem des vorangegangenen Jahres, nur kämen die Fliehenden diesmal nicht weiter.
<http://www.taz.de/!5326485/> (21.08.16)
<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/lage-fuer-fluechtlinge-in-suedosteuropa-spitzt-sich-zu-14393332.html> (17.08.16)
- 40 Fliehenden ist es gelungen, die über sechs Meter hohen Grenzzäune der spanischen Exklave Melilla in Marokko zu überwinden. 150 hatten es versucht.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/melilla-dutzende-fluechtlinge-gelangen-in-spanische-exklave-a-1108690.html> (20.08.16)
- Laut Zahlen der deutschen Bundespolizei reisen vermehrt Menschen durch die Schweiz nach Norden, in diesem Jahr bisher 3.385. Die deutsche Regierung verstärkt den Grenzschutz zur Schweiz. Nach wie vor lagern Hunderte im norditalienischen Como die die Schweiz abweist. Laut Aussage des schweizerischen Grenzwachtkorps werden Fliehende weiterhin eingelassen, doch würden diejenigen abgewiesen, die kein Asyl in der Schweiz beantragen oder durch das Land fliehen wollen.
<http://www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/illegale-einreisen-von-migranten-ploetzlich-steht-die-schweiz-in-der-kritik-ld.112089> (21.08.16)
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-08/fluechtlinge-deutschland-schweiz-bundespolizei-grenze> (21.08.16)
- Das seit Frühjahr von der österreichischen Regierung geplante Gesetz mittels welchen der Notstand durch Fluchtbewegungen ausgerufen werden kann, steht kurz vor der Verabschiedung. Ab der Obergrenze von 37.500 Ankommenden pro Jahr sollen dann alle weiteren Menschen – weil in Österreich ab 37.501 Geflüchteten im Jahr die Not ausbricht – abgewiesen werden. Nur noch nahe Verwandte sollen durchgelassen werden und diejenige, denen in den Nachbarländern Österreichs Folter und unmenschliche Behandlung droht.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlingskrise-in-oesterreich-ein-land-macht-dicht/14429594.html> (19.08.16)

Bund, Land, Kommune

- Mehr als 600 Abschiebungen wurden seit Anfang 2015 abgebrochen, 35.000 Menschen wurden tatsächlich abgeschoben. Gründe für den Abbruch waren der Widerstand Betroffener aber auch die Weigerung von Pilot*innen oder Fluggesellschaften, sich am gewaltsamen Transport nicht freiwillig Reisender zu beteiligen. Außerdem waren Krankheit sowie die Ablehnung von Geflüchteten durch ihre Herkunftsstaaten weitere Gründe.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-mehr-als-abschiebungen-kurzfristig-abgebrochen-1.3126065> (18.08.16)
- Die Innenminister der Union verfassten nun eine gemeinsame „Berliner Erklärung“ nachdem Bundesinnenminister Thomas de Maizière offenbar nicht in der bisherigen Runde der Landesinnenminister eingebunden war. Die Burka wollen sie nicht verbieten und wenn doch, dann an öffentlichen Plätzen und Institutionen. Sie betonen, es gehe ihnen nicht nur um Sicherheit, auch um die Integration sorgen sie sich. Die SPD kritisiert das Vorhaben, es werden Ängste gegen Muslim*innen vor dem Hintergrund der Wahlkämpfe in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern geführt.
Außerdem fordern die Innenminister, die 2014 eingeführte Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft wieder abzuschaffen. Vor allem die CSU positioniert sich dahingehend. Deren Generalsekretär Andreas Scheuer hält das territoriale statt ethnische Verständnis von Staatsbürgerschaft, wie es vor allem in den Americas praktiziert wird, für „total daneben“. Dies hatten die Grünen gefordert: jedem in Deutschland geborenen Kind sollte die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkannt werden.
<https://www.tagesschau.de/inland/berliner-erklaerung-111.html> (19.08.16)
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/andreas-scheuer-csu-doppelte-staatsbuergerschaft-abschaffen> (23.08.16)
- Menschen, die aus Afghanistan nach Deutschland geflohen sind, erhalten vermehrt negative Asylbescheide. Dies liegt daran, dass das Bundesinnenministerium die Bewertungsgrundlage für das Land geändert hat, verstärkt werden „innerstaatlichen Fluchtalternativen“ in Afghanistan durch das in Nürnberg sitzende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gesucht. Zwar ist der Abzug der internationalen Truppen auf Grund der sich verschärfenden Sicherheitslage im Land gestoppt worden, doch will Thomas de Maizière gegebenenfalls auch abschieben, schließlich versuche die Bundeswehr doch, Sicherheit und Ordnung zu schaffen.
<https://www.tagesschau.de/inland/afghanische-fluechtlinge-in-deutschland-101.html> (20.08.16)
- Die Grünen kritisieren die Bundesregierung für die seit 1993 bestehende Einstufung Ghanas als „sicheres Herkunftsland“. Die Verfolgung Homosexueller sowie die Praxis der Genitalverstümmelung und Kinderversklavung widersprechen dieser Kategorisierung. Seit verganginem Jahr muss die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die Menschenrechtslage in der von ihr als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuften Ländern vorlegen.
<http://www.taz.de/!5326033/> (18.08.16)
- Bundeskanzlerin Angela Merkel weigert sich, eine direkte Kausalität zwischen Fluchtbewegungen und Terrorismus zu ziehen. Zwar gebe es Versuche, Geflüchtete für den islamistischen Terror zu gewinnen, dieser sei aber auch ohne verstärkte Fluchtbewegungen bekannt gewesen.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/angela-merkel-kein-zusammenhang-zwischen-fluechtlinge-terrorgefahr-14393721.html> (18.08.16)
- Die Beamtin der Bundesagentur für Arbeit, Jutta Cordt, wird neue Chefin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF).
<http://www.sueddeutsche.de/politik/jutta-cordt-als-bamf-chefin-neue-bamf-chefin-ist-es-gewohnt->

[aufs-tempo-zu-druecken-1.3126114](#) (19.08.16)

- Der Chef der Bundesagentur für Arbeit und bald ehemaliger Chef des BAMF, Frank-Jürgen Weise, fordert, dass Geflüchtete trotz unsicherem Aufenthaltsstatus auch in Deutschland bleiben sollen. Aber nur wenn sie Deutsch sprechen und Arbeit haben.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/chef-der-bundesagentur-fuer-arbeit-frank-juergen-weise-fluechtlinge-mit-job-sollten-bleiben-duerfen/14434196.html> (20.08.16)

Hintergrund und Meinung

- Jost Müller-Neuhof zeigt, dass die Debatte um das „Burka-Verbot“ etwas in Schieflage geraten ist. Da explizite Anti-Burka-Gesetze verfassungswidrig sind, werde hier so oder so von einem Gesetz zur allgemeinen Gesichtserkennungspflicht gesprochen. Diese sei zumindest bei der Identitätsfeststellung aber schon gegeben. Darüber hinaus werde ein solches Gesetz zu komischen Konflikten führen, siehe Motorradfahrer*innen. Den Innenministern aber sei der symbolische Wert des Gesetzes wichtig, schließlich streiten sie hier im Namen der Integration. Doch dieses Gesetz halte Frauen davon ab, überhaupt im öffentlichen Dienst tätig zu sein, zu studieren, eventuell gar zur Schule zu gehen – sich also im öffentlichen Raum zu bewegen.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/verschleierung-wer-gesicht-zeigen-will-sollte-sich-erst-mal-rasieren/14433970.html> (20.08.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe